

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

15.3.1928 (No. 64)



Expedition:  
 Karlsruher  
 Straße Nr. 14  
 Fernsprecher:  
 Nr. 953  
 und 954  
 Postkontokonto  
 Karlsruhe  
 Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich  
 für den  
 redaktionellen  
 Teil  
 und den  
 Staatsanzeiger:  
 Chefredakteur  
 C. A. M. C. A.  
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenschein gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Fall in die Zuständigkeit des Reichsgerichtes. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Wasserschaden, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Infertent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Beginn der vorbereitenden Abrüstungskonferenz

24 Staaten vertreten

WTB. Genf, 15. März. (Tel.) Der vorbereitende Ausschuss der Abrüstungskonferenz ist heute unter dem Vorsitz des Holländers Loudon und unter Teilnahme von 24 Staaten, unter denen sich als Nichtmitglieder des Völkerbundes die Vereinigten Staaten von Amerika, Sowjetrußland und die Türkei befinden, zu seiner Tagung zusammengetreten. Die deutsche Delegation steht unter der Führung des Grafen Bernstorff. Der Vorsitzende Loudon hob besonders hervor, daß bei dem vom Sicherheitskomitee vorgeschlagenen regionalen Sicherheitspaktien sorgfältig vermieden worden sei, ihnen den Charakter von Defensivbündnissen gegen ein drittes, außerhalb eines solchen Paktes stehendes Völkerbundsmitglied zu geben, und daß bei den vorgeschlagenen Sicherheitsmaßnahmen jeder Zwang ausgeschlossen wurde. Nach einer Charakterisierung der Aufgaben der späteren zweiten Lesung der Vorschläge des Sicherheitskomitees erklärte Loudon zu dem russischen Abrüstungsvorschlag, der Ausschuss werde prüfen müssen, ob diese Vorschläge den heute gegebenen politischen Verhältnissen und dem Geiste des Völkerbundes genügend Rechnung tragen und überhaupt zu verwirklichen seien. Trotz dem verdienten sie eine sehr sorgfältige Erwägung.

Ein Antrag des türkischen Gesandten Munir Bey, der Ausschuss möge die Aussprache über alle wichtigen Abrüstungsfragen erst anfangs nächster Woche aufnehmen, da der türkische Außenminister erst Samstag nacht in Genf eintreffe, gab Graf Bernstorff Anlaß, sich für diesen Antrag auszusprechen, dessen Annahme nur einen Höflichkeitsakt gegenüber der Türkei darstelle. Litwinow unterstützte ebenfalls den türkischen Antrag.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde beschlossen, die allgemeine Aussprache über die Ergebnisse des Sicherheitskomitees am Freitag nachmittag zu beginnen. Vorher hatte sich Graf Bernstorff vom Vorsitzenden die Versicherung geben lassen, daß bei Behandlung des dritten Punktes der Tagesordnung jede mit der Abrüstung im Zusammenhang stehende Frage zur Debatte gestellt werden kann.

#### Ein Antrag Graf Bernstorff

WTB. Genf, 15. März. (Tel.) Graf Bernstorff hat im vorbereitenden Abrüstungsausschuss schriftlich einen Antrag über die vollkommene Offenlegung der bei den Abrüstungen betreffenden Zahlen als einzige Möglichkeit zur schrittweisen Verwirklichung der Abrüstung eingebracht. Dieser Antrag, der sich auf Artikel 8 § 6 der Völkerbundsstatute über die allgemeine, aber bis heute noch nicht erfüllte Verpflichtung zur Offenlegung der Abrüstungszahlen bezieht, wird bei Behandlung des dritten Punktes der Tagesordnung des Abrüstungsausschusses zur Debatte gestellt werden.

#### Die Tagesordnung

Die Bildung des Ausschusses zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz geht auf eine Entschließung der Völkerbundsversammlung vom Jahre 1925 zurück.

Auf der Tagesordnung stehen drei Punkte: 1. Stand der Arbeiten des Sicherheitskomitees; 2. Prüfung des russischen Abrüstungsvorschlages für allgemeine und vollkommene Abrüstung und 3. Stand der Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses selbst.

Bei Behandlung des 1. Punktes werden Erklärungen von den Delegationen der Vereinigten Staaten, Sowjetrußland und vielerorts auch der Türkei erwartet, denen man mit Interesse entgegenfieht, da die Vereinigten Staaten an den Arbeiten des Sicherheitskomitees überhaupt nicht teilnehmen und Sowjetrußland nur durch einen Beobachter vertreten ist, während die Türkei gleich bereits bei diesem Punkte zum ersten Male ihre Stimme im Rahmen der Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes vernehmen lassen wird. Welchen Umfang die Aussprache über die russischen Abrüstungsvorschläge einnehmen wird, liegt noch vollkommen im Unklaren. Was den 3. Punkt der Tagesordnung, den Stand der Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses selbst betrifft, so soll nach deutscher Auffassung die bevorstehende Tagung ausführliche Verhandlungen und, wenn möglich, den Ausgleich der darin noch bestehenden erheblichen Gegensätze bringen. Diese Festsetzungen vor allem die von Deutschland und einigen anderen Delegationen verlangte Einbeziehung der ausgebildeten Reserven und des lagernden Materials, und ferner die Grundzüge für die Abrüstung von Wasser und in der Luft, in welcher Hinsicht hauptsächlich England, Frankreich und Italien stark interessiert sind. Ist in diesen Punkten noch keine Annäherung möglich, so wird sich der vorbereitende Ausschuss, dessen Mandat nicht die endgültige Aufstellung eines Abkommensentwurfes selbst vorsieht, sich vielleicht die Frage vorlegen müssen, ob seine technischen Vorarbeiten im Sinne des ursprünglichen Mandates nicht als abgeschlossen gelten können, und die Beilegung der noch bestehenden Gegensätze einer ersten, nach den Beschlüssen von drei Völkerbundsversammlungen möglichst bald einzuberufenden Abrüstungskonferenz überlassen werden soll.

Zur Beilegung des Lohnstreites bei der Reichsbahn ist vom Reichsarbeitsministerium Staatssekretär a. D. von Wittenberg als Schlichter bestellt worden. Wann die Schlichtungsverhandlungen stattfinden, steht im Augenblick noch nicht fest.

### Letzte Nachrichten

#### Die Beziehungen zu Polen und Rußland

M. Berlin, 15. März. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett trat heute vormittag um 11 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. eine Reihe von Fragen, die nach der Rückkehr Dr. Stresemanns aus Genf aktuell geworden sind, so die deutsch-polnischen Grenzfragen und Wirtschaftsverhandlungen, über die Dr. Stresemann in Genf mit dem polnischen Außenminister gesprochen hat. Ferner will sich das Kabinett auch mit der Verhaftung der deutschen Ingenieure in Rußland beschäftigen.

Zu den Beratungen über Polen sind auch der Führer der deutschen Wirtschaftskommission Dr. Herms und der deutsche Gesandte in Warschau, Kaufher, hinzugezogen worden. Die Verhandlungen liegen nicht besonders günstig, auch wenn Dr. Stresemann in den persönlichen Unterredungen mit Palecki in Genf einige Zugeständnisse für die Deutschen in Polen erreicht hat. Aber selbst diese Abmachungen befürchten noch der Bestätigung durch Pilsudski. Dagegen machen die Handelsvertragsverhandlungen augenblicklich keine besonderen Fortschritte. Offensichtlich ist man in Warschau bemüht, die ganze Angelegenheit zu verschleiern, in der Hoffnung, daß das künftige Reichskabinett in seiner Zusammensetzung den polnischen Wünschen etwas freundlicher gegenübersteht, da es sich im wesentlichen bei den Schwierigkeiten um Agrarfragen handelt.

Sollte man mit dieser Angelegenheit im Kabinett zum Abschluß gelangen, so sollen, nachdem Stresemann seinen Bericht über Genf erstattet hat, als dritter Punkt die Verhandlungen mit Rußland besprochen werden. Die Beziehungen zu Rußland haben in den letzten Tagen eine sehr starke Erhöhung durch die Vorgänge im Donezgebiet erfahren. Es ist dem deutschen Botschafter v. Brodorski-Rankau in wiederholten Unterredungen mit Tschirer nicht gelungen, eine befriedigende Aufklärung über die Verhaftung der deutschen Ingenieure zu erhalten, obwohl von deutscher Seite auf die Folgen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht sehr energisch aufmerksam gemacht worden ist. Unter diesen Umständen werden auch die Verhandlungen, die in Berlin über die Neuordnung und Veränderung in den wirtschaftlichen Abmachungen geführt werden, keine Fortschritte zeitigen können, zumal Rußland wieder mit großen Kreditforderungen kommt, die schon an sich nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre untragbar sind und unter den jetzigen Umständen gar keine Aussicht auf Verwirklichung haben. Namentlich die deutsche Industrie verspürt nicht die mindeste Verlockung, sich weiter im russischen Geschäft zu betätigen, nachdem sich die völlige Unsicherheit aller deutschen Vertreter trotz des § 11 des Niederlassungsrechts herausgestellt hat. Die Russen haben es nämlich nicht einmal für notwendig erachtet, ihre Verpflichtungen soweit einzuhalten, daß sie, wozu sie vertragsgemäß verpflichtet sind, der deutschen Botschaft in Moskau oder dem deutschen Generalkonsulat in Charkow auch nur den Aufenthaltsort der Verhafteten mitgeteilt haben, über deren Schicksal nach wie vor völlige Ungewißheit besteht.

#### Mißerfolge der Sowjet-Wirtschaft

M. Berlin, 15. März. (Priv.-Tel.) Bezeichnend für die Erfolglosigkeit des russischen Wirtschaftssystems ist das Endergebnis der beiden großen Petroleum-Monopol-Trakte, die für 1927 mit einem Defizit von 9 und 4 Millionen Rubel abschließen. Die Verwaltung behauptet allerdings, daß daran der Preisrückgang zwischen dem englischen und amerikanischen Treiböl Schuld trage.

#### Kämpfungen an der Pariser Universität

WTB. Paris, 15. März. (Tel.) Gestern haben royalistische Studenten zum zweitenmal die Vorlesung eines vom Unterrichtsminister Perriot ernannten Professors an der medizinischen Fakultät, dessen politische Ansichten ihnen nicht genehmig sind, zu verhindern gesucht. Während sie vorgestern sich damit begnügten, zu lärmern, eröffneten sie gestern ein Bombardement mit Orangen gegen das Katheder. Außerhalb der Universität kam es dann zwischen royalistischen und republikanischen Studenten zu Zusammenstößen. Bei den Schlägereien wurden mehrere Studenten verletzt. Die Polizei hat im ganzen 17 Studenten verhaftet, sie aber nach Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen.

#### Kommunistenverhaftungen in Tokio

WTB. Tokio, 15. März. (Tel.) Die Polizei unternahm heute in früher Morgenstunden eine Hausdurchsuchung in dem Hauptquartier der Kommunisten und in den Geschäftsräumen der Proletarierzeitung „Rufanshimbon“, ferner wurden etwa 100 Kommunisten verhaftet, gegen die eine strenge Untersuchung eingeleitet worden ist.

### \* Autorität des Staats und der Gesetze

Gestern hat sich das Plenum des Reichstags mit den Vorfällen in der Reichsmarine, d. h. mit dem, was man den „Phöbus“-Skandal nennt, beschäftigt. Reichswehrminister Gröner hat auch diesmal wieder das Wort ergriffen und seinen Standpunkt in einer Weise dargelegt, die allenthalben sehr sympathisch berührt hat.

Vor allem hat er — genau so, wie schon im Haushaltsausschuß — glatt zugegeben, daß sich die geschäftlichen Machenschaften des Herrn Lohmann auch budgetrechtlich nicht verteidigen ließen, daß das Budgetrecht des Parlaments in diesem Fall dauernd und geflissentlich ignoriert worden ist, und daß all dies nicht gerade anregend auf die Bewilligungsfreudigkeit des Parlaments einwirken könne. Damit, daß der Reichswehrminister ohne jeden Beschönigungsversuch die Dinge so schilderte, wie sie nun einmal gewesen sind, gleichzeitig aber mit allem Nachdruck sich für einen vollkommenen Wandel der Methoden verbürgte, hat er zweifellos bei allen Parteien des Parlaments einen guten Eindruck gemacht und mit diesem seinem Auftreten dem Ansehen der Reichswehr und der Marine außerordentlich genützt.

Auch gestern hat er wieder erklärt, daß von der politischen Haltung der Reichswehr die Einstellung des Parlaments zum Heere, und das Ansehen der Reichswehr in der Bevölkerung abhängen. Deshalb werde es seine größte Sorge sein, die Angehörigen der Reichswehr zum Staatsgedanken zu erziehen und zur Treue gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung. Er werde rücksichtslos einschreiten gegen jede Entgleisung und gegen jede Übertretung des Prinzips. Die deutsche Reichswehr solle bei der ganzen Bevölkerung geachtet sein. Das Zeitalter der Sensationen sei nunmehr für die Reichswehr vorüber. Kein Angehöriger der Reichswehr dürfe Anlaß geben zu einer sensationellen öffentlichen Kritik, wie dies in der Vergangenheit doch häufiger vorgekommen sei. Ein Reichswehrangehöriger, der zu solchen Kritiken Veranlassung gebe, verführe sich damit schwer nicht nur an der Reichswehr selbst, sondern am ganzen Volke. „Mein Wunsch ist ein einmütiges Zusammenwirken von Parlament und Presse mit der Reichswehr. Scharfe Kritik ist am Platze, um vorwärts zu kommen, aber keine Kritik, die scharf macht. Die Bevölkerung soll freudigen Anteil nehmen an ihrer Wehrmacht und, so klein sie ist, stolz auf sie sein. Im Ausland spricht man über unsere Wehrmacht und namentlich auch von dem ganz ausgezeichneten Auftreten unserer Marineangehörigen auf den Auslandschiffen, nur im Tone höchster Anerkennung, und so soll es bleiben.“

Es ist klar, daß die erdrückende Mehrheit des Reichstages, einschließlich der bisherigen Opposition, solchen Gedankengängen aus vollem Herzen zustimmen wird. An der Gerabekung und Verächtlichmachung der Reichswehr hat kein Deutscher ein Interesse. Im Gegenteil! Wir wollen und wir sollen stolz sein auf unsere Reichswehr. Und wir wünschen alle dringend, daß sie in sämtlichen Schichten der Bevölkerung geachtet wird. Wird das Programm Grönners durchgeführt, so wird eine Besserung des Verhältnisses zwischen Reichswehr und Bevölkerung nicht ausbleiben, und man wird sehr bald diejenigen, die aus Rührgeiz oder Ideologie unberechtigt auf die Reichswehr schimpfen, sehr scharf in ihre Schranken zurückzuweisen haben.

In der Frage des Panzerschiffbaus hat Reichswehrminister Gröner gleichfalls mit sehr glücklichen Worten den Standpunkt der Reichsregierung vertreten. Auch hier verdienen es seine Worte, festgehalten zu werden. Sie lauten:

„Wenn Ostpreußen und Oberschlesien gleichzeitig überfallen werden sollten, dann würde das angeforderte Panzerschiff eine sehr wesentliche Ergänzung unserer Landstreitkräfte sein. Wenn es uns nur gelingt, die Grenzen zu schützen, bis die internationalen Instanzen eingreifen, oder bis das sogenannte Weltgewissen sich regt, dann würden Landheer und Marine ihren Zweck voll erfüllt haben. Ist erst deutsches Gebiet verlorengegangen, dann ist es sehr schwer, es wiederzuerlangen. Die Schutzlosigkeit der Grenzen ist ein Anreiz für unruhige Geister.“

Mit Militarismus hat dieser von mir vertretene Standpunkt nichts zu tun. Ich betenne mich, wie wohl die Wehrzahl der Kriegsteilnehmer, zu einem gesunden, vernünftigen Pazifismus, allerdings nicht zu dem, der einer ineditischen Gesinnung entspringt. Die Wehrpolitik ist die Dienarin der Außenpolitik. Ich kann aber nicht eine ungünstige außenpolitische Wirkung aus der Bewilligung des Panzerkreuzers erwarten.“







# Politische Neuigkeiten

## Die Rhödbussaffäre vor dem Unterausschuss

Der hohledrige Unterausschuss des Haushaltsausschusses des Reichstages begann am Mittwoch die Besprechung der Rhödbussaffäre. Der Ausschuss beschloß, die Beratungen für „nichtöffentlich“ zu erklären, um der Regierung Gelegenheit zu geben, alle bis ins einzelne gehenden Auskünfte zu geben. Am Schluß der Beratungen im Unterausschuss wird ein zusammenfassendes Protokoll aufgestellt werden, das dem Haushaltsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird.

Die Untersuchungen werden sich dem „B. T.“ zufolge nach drei Richtungen hin bewegen. Zunächst soll der Ursprung aller Geldmittel festgestellt werden, die Kapitän Lohmann zur Verfügung standen, dann soll die Vollmacht geprüft werden, auf Grund deren Lohmann gehandelt hat. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Verantwortlichkeit aller an der Anstellung oder Verlängerung der Vollmacht beteiligten Personen zu prüfen sein. Schließlich wird die Frage aufgeworfen, wie Kapitän Lohmann die Mittel im einzelnen verwendet hat, wobei natürlich der ganze Kreis der Lohmann-Unternehmungen und ihre Zusammenhänge durchleuchtet werden soll. Bei dieser Untersuchung wird auch festzustellen sein, in welcher Höhe Vermittler und „Trennhändler“ Provisionen bezogen haben und das Reich Negrefanprüche geltend machen kann. Zum Berichterstatter ist vom Ausschuss einhimmig der sozialdemokratische Abg. Kurt Heintz gewählt worden. Vorsitzender ist der Zentrumsabgeordnete Perltius.

## Industrie und Landwirtschaft

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in seiner letzten Präsidialsitzung die Vorlage der Landwirtschaft einer eingehenden Besprechung unterzogen, als deren Ergebnis er, laut „Berliner Botschafter“, die vom Landwirtschaftsrat in seiner Entschliessung vom 23. Februar d. J. und von der Reichsregierung in ihrem Ratprogramm aufgestellten Vorschläge ausdrücklich billigt. Er hält sie für eine geeignete Grundlage und eine notwendige erste Arbeit, um mit einer wirksamen Hilfe für die Landwirtschaft zu beginnen. Welchem Mühen aber die Notwendigkeiten der deutschen Landwirtschaft mehr wie je berücksichtigt werden, deshalb sei die Verfolgung einheitlicher wirtschaftspolitischer Ziele, wie z. B. eine grundlegende Änderung unserer Handelspolitik, die gleichbedeutend wäre mit einer Zurückführung deutscher Exportinteressen, unbedingt abzulehnen.

**Die Preußenkasse.** Das preussische Staatsministerium hat dem Entwurf eines Gesetzes über die preussische Rentengemeinschaftskasse (Preußenkasse) und über eine Erhöhung der Kapitalbeteiligung des preussischen Staates zugestimmt. Das Staatsministerium hält eine Erhöhung der staatlichen Kapitalbeteiligung um 180 Millionen Reichsmark für erforderlich und ist bereit, Reich und Länder an dieser Kapitalerhöhung zu beteiligen und ihnen einen der Beteiligung entsprechenden Einfluß einzuräumen.

**Ministerpräsident Jaspars über Eupen-Malmédy.** In Beantwortung einer Interpellation über Eupen-Malmédy erklärte der belgische Ministerpräsident Jaspars im Senat, die Regierung antwortete auf alle Bitten um eine Revision der Volksabstimmung, die unbeeinträchtigt erfolgt und rechtsgültig sei, mit einem Nein. Der Votumvertrag habe die Grenzziehung, die selbst von Deutschland in aller Form anerkannt worden sei, feierlich bestätigt. Damit sei die Angelegenheit außer Diskussion gerückt.

**Zwischenfälle in Lüttich.** Im Zusammenhang mit der Ankündigung eines Vortrages des deutschen Reichstagsabgeordneten Professor Bergsträßer kam es Mittwochabend in Lüttich (Belgien) zu Zusammenstößen. Nationalsozialistische Studenten demonstrierten vor dem Volkshaus. Die Polizei mußte Gewalt anwenden, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Demonstranten zu zerstreuen. Während des Eingreifens der Polizei betrug Bergsträßer sein Automobil und begab sich zum Bahnhof.

Gegen den Farmer Lanatop wurde — wie aus Berlin gemeldet wird — die Voruntersuchung wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz, räuberischer Erpressung und Mordversuchs eröffnet.

## Gemeinde-Rundschau

**Abchiedsfeier für Oberbürgermeister Dr. Kauer.** Zu Ehren der aus dem Dienste scheidenden Oberbürgermeister Dr. Kauer und erster Bürgermeister Ritter veranstaltete die Stadt Mannheim am 29. März in der Wandelhalle des Hofgartens eine Abschiedsfeier.

**Der Voranschlag der Stadt Karlsruhe für das Rechnungsjahr 1928** wurde vom Stadtrat festgesetzt und dem Bürgerausschuss zur Zustimmung unterbreitet. Der ungedeckte Aufwand beträgt 3 649 650 RM und ist um 29 100 RM geringer als der des Vorjahres. Der Ausgleichung werden die unveränderten Steuerföhrer des Vorjahres zugrundegelegt, und zwar 160 Hundertteile aus den Steuergrundbeträgen von 42 Rpf für das Grundvermögen, von beabtem Grundbesitz 67,2 Rpf, für das sonstige Grundvermögen = 80 Rpf, von 16 Rpf für das Betriebsvermögen = 25,6 Rpf und von 3 Rpf für den Gewerbetrag = 480 RM.

**Der Bürgerausschuss Forzheim** hat nach mehrtägigen Verhandlungen den städtischen Voranschlag für 1928, der 14 988 200 RM an Ausgaben und 13 233 200 RM an Einnahmen mit einem durch Gemeindesteuer (Umlage) zu deckenden Fehlbetrag von 1 755 000 RM angenommen. Zur Deckung des Fehlbetrages wurde eine Umlage in folgender Höhe vorgesehen: Für je 100 RM Steuerwert des Grundvermögens 56 Reichspfennig für je 100 RM Steuerwert des Betriebsvermögens 22 Rpf, für je 100 RM Gewerbetrag 3,36 RM festgesetzt. Die Annahme der Vorlage erfolgte mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

**Der Voranschlag für 1927/28 von Gaggenau** weist an Einnahmen 623 367 RM, an Ausgaben 764 998 RM auf, so daß ein ungedeckter Aufwand von 141 631 RM entsteht. Zur Deckung werden an Gemeindesteuern erhoben vom Grundvermögen 72 Rpf, vom Betriebsvermögen 36 Rpf, vom Gewerbetrag unter 10 000 RM 5,40 RM, über 10 000 bis 20 000 RM 5,95 RM, über 20 000 RM 6,50 RM. Der Bürgerausschuss hat den Voranschlag bereits genehmigt.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.** Gestern kam es in Baden vereinzelt zu Regenfällen. Nachfröste sind in der vergangenen Nacht nur in höheren Lagen aufgetreten. Der hohe Druck hat über der Ostsee und Polen an Raum gewonnen und wird weiterhin die Bitterung Mitteleuropas bestimmen, während die vor Island liegende Antlone an ihrem Übertritt aus den Kontinent gehindert wird. Daher steht für morgen bei östlicher Luftzufuhr Bewölkungsabnahme bevor. Voraussage für 16. März: Aufsteigend und bei östlicher Luftzufuhr vorwiegend trocken, Temperaturen tagsüber wenig verändert, Nachfröste.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

**Der Haushaltsausschuss**  
setzte am Mittwoch die Beratung des Voranschlags des Innenministeriums beim Titel „Polizei“ fort. Der Gesamtaufwand beträgt jährlich 15,3 Millionen, wovon 7,5 Millionen durch das Reich und 2,9 Millionen durch die Städte mit Staatspolizei ersetzt werden. An eigenen Einnahmen verzeichnet die Polizei 1,2 Millionen. Sonach verbleibt ein reiner Staatsaufwand von 3,7 Millionen im Jahr. Ohne Gendarmerie beträgt der Bestand 4000 Mann in Baden (1700 Mann sind in Kasernen untergebracht). Der hohe Personalstand erklärt sich besonders daraus, daß in Baden fast keine Reichswehrtruppen in Garnison stehen.

In der Aussprache wandte sich der Minister gegen die Auffassung, daß die Städte zu sehr mit Aufwendungen für die Polizei belastet seien. In den letzten Jahren wurde in fünf badischen Städten die Staatspolizei neu eingeführt.

In der Einzelberatung wurden die Ausgaben für die Pferdehaltung um 10 000 RM ermäßigt. Auch sonst hat man Abstriche beschlossen, so beispielsweise bei Verkehrrufen 30 000 RM. Aus der Mitte des Ausschusses und seitens des Ministers wurde die allgütigste Tonart der offiziellen Fachschrift der Polizei bedauert. Auch verschiedene Eingaben seien im Kon zum Teil verfehlt gewesen. Das Ministerium hat die leitenden Polizeibeamten schon wiederholt zur Mäßigung ermahnt. Deshalb sind auch Amtsniederlegungen vorgezogen worden.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung genehmigte der Haushaltsausschuss die Titel Gendarmerie und Polizeiliches Arbeitshaus.

Es folgte der Titel Heil- und Pflegeanstalten. Ende 1927 beherbergten die badischen Anstalten insgesamt 3991 Pflegelinge gegen 4392 auf Ende 1914. 282 sind zur Zeit in den psychiatrischen Kliniken untergebracht. Seit 1923 zeigt sich eine zwar langsame, aber stetige Zunahme der Insassen. In offener Fürsorge befinden sich 2355 Kranke. Der niederste Krankenstand war 1919 mit 3158 Anstaltsinsassen zu verzeichnen. Der Zuschuß des Landes zu dem Aufwande der Heil- und Pflegeanstalten beziffert sich auf jährlich 1,6 Millionen. Im a. o. Etat sind für bauliche Veränderungen und Verbesserungen 683 000 RM angefordert. Die Abstimmung wurde teilweise ausgesetzt.

Beim Titel Badeanstalten wurde die Frage einer Erweiterung des Landesbades aufgeworfen. Auch der Minister hält den Ausbau für erforderlich. Er äußerte sich über die Wädertalpolitik im allgemeinen und erklärte, es müßte künftig mehr geschehen, um den Besuch der badischen Badeorte durch kapitalträchtige Leute zu fördern.

Ueber den Voranschlag für Landwirtschaft und Ernährung berichtete der Abg. Weiskopf (Ztr.). Als Staatszuschuß für die Landwirtschaftskammer sind 50 000 RM gegen bisher 86 000 RM vorgesehen. Der ordentliche Etat für Landwirtschaft beansprucht 5,4 Millionen, der außerordentliche Etat 916 000 RM. Dem stehen an Einnahmen 3,3 Millionen bzw. 408 800 RM gegenüber.

Mit dem Weinbauinstitut Freiburg hat man gute Erfahrungen gemacht. Der badische Weinbau hat davon nach den Mitteilungen des Ministers unbestreitbare Vorteile. Es geschehe alles, um Mutterbetriebe vor allem für den Gemüsebau zu erhalten.

Die Frage eines Staatsbeitrages für die Beschickung der nächstjährigen deutschen Landwirtschaftsausstellung in München will der Minister prüfen. Längere Erörterungen knüpfen sich an die Kapitel Pferde- und Rindviehzucht, wobei besonders betont wurde, wie wichtig die Förderung der Rindviehzucht gerade in Baden im Hinblick auf die Struktur unserer Landwirtschaft sei.

Für die Hagelversicherung sind 400 000 RM angefordert (120 000 RM mehr als bisher).

Hinsichtlich der Abdeckung der Milchfrankenschulden ist kürzlich eine Vereinbarung mit dem Reich zustande gekommen, die für die beteiligten Gemeinden am Oberrhein ein wesentliches Entgegenkommen bedeutet. Das Reich will die Restschulden übernehmen. Auch von den ungetragenen Viehfrankenschulden aus der Kriegszeit will das Reich einen namhaften Teil übernehmen. Infolgedessen können im außerordentlichen Etat rund 300 000 RM abgesetzt werden.

## Der Haushaltsausschuss in der Landeskunstschule

Am Mittwoch mittag folgte der Haushaltsausschuss einer Einladung der Direktion der Landeskunstschule zur Besichtigung der dort geleisteten Arbeiten. Aus dem Kultusministerium hatten sich angeschlossen Minister Leers, Ministerialrat Schwörer und Oberreg.-Rat Dr. Weiskopf. Direktor Rabberger wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß der Drang nach Verarbeitung echten und soliden Materials überall nachdrücklich entgegensteht, auf denen sich aufenweise die Linien zur freien Kunst ablesen. Man rufe nach Praxis, nach Wirklichkeit; dieser Entwicklung kann sich auch die Landeskunstschule nicht entziehen. In den Fachklassen werden gelehrt: Innenarchitektur, Malerei, Keramik, Textilien; dann sei vorhanden die graphische Abteilung, bestehend in Radierung, Lithographie, Holzschnitt und Illustration, Buchdruck und Buchbinderei. Daran schließen sich an die Malklasse, die Zeichenklasse usw. 70-80 Proz. der Schüler kommen als Handwerker an die Landeskunstschule; nur die besten werden ausgewählt und gefördert.

Die darauf erfolgte Besichtigung durch den Ausschuss und die erklärend hinzugefügten Erläuterungen seitens der Lehrer der Fachklassen ließen erkennen, daß die Landeskunstschule recht vielseitig tätig ist. Es wurden in den drei Stadtwerken und im Nebengebäude der Kunstgewerbeschule vorgeführt: Die Erzeugnisse der Zeichenklassen, der Fachklassen für dekorative und freie Plastik, für dekorative Malerei, für Radierung, Lithographie, für Holzschnitt und Illustration, Gebrauchsgeschichte, Typographie, mit Werkstatt, Buchbinderei und Buchausstattung, Keramik, Werkstätten für Textil, Konfektionierung und Restaurierung von Gemälden, freie Malerei usw. Der Gesamteindruck war ein recht günstiger; Fleiß, Arbeit und hingebende Tätigkeit sind es, die der Landeskunstschule zweifellos eine Zukunft sichern.

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Abg. Dr. Marum, dankte dem Direktor und den Lehrern für die orientierende Führung und gab der allgemeinen Befriedigung über das Gesehene und Gehörte entsprechenden Ausdruck.

## Die Denkschrift über das Gefängniswesen.

H. A. In der Nachkriegszeit sah sich die Justizverwaltung hinsichtlich des Gefängniswesens vor eine Reihe wichtiger Aufgaben grundsätzlicher, organisatorischer und technischer Art gestellt, deren Erfüllung tiefgreifende Änderungen in den Strafvollzugsvorschriften wie auch in der Organisation und im Ausbau der Strafanstalten nötig machten. Einige dieser Änderungen, wie namentlich die Stilllegung einer größeren Zahl von Bezirksgefängnissen, sind von der Tagespresse besonders bemerkt und besprochen worden und haben in der Öffentlichkeit, namentlich in den davon unmittelbar betroffenen Städten und Bezirken, auch Beunruhigung hervorgerufen.

Nachdem diese Änderungen — im wesentlichen durchgeführt — sind, hat der Justizminister mit Ermächtigung des Staatsministeriums — wie bereits mitgeteilt — dem Landtag eine Denkschrift vorgelegt, in der über das Gesehene berichtet und ein Programm darüber aufgestellt wird, was in der nächsten Zukunft noch zu geschehen hat. Ausgangspunkt der Darstellung bildet der rechtliche und tatsächliche Zustand, in dem sich das badische Gefängniswesen unmittelbar vor Kriegsausbruch befand.

Die Denkschrift gliedert sich in 5 Abschnitte. Im I. Abschnitt sind die Strafvollzugsvorschriften dargestellt, wie sie vor dem Kriege waren und wie sie im Anschluß an die neuen reichsrätlichen Grundsätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen vom 7. Juni 1923 umgestaltet wurden. Der II. Abschnitt enthält eine Darstellung der badischen Strafanstalten. Der III. Abschnitt ist den Strafanstaltsbeamten, der IV. den Gefangenen gewidmet. Besonders eingehend werden behandelt die Vorschriften über die persönliche Behandlung der Gefangenen, über ihre Beschäftigung, über ihre geistige und seelische Erziehung sowie über die Fürsorge für sie und ihre Angehörigen. Der letzte Abschnitt gibt Auskunft über die Aufwendungen für das Gefängniswesen. 10 statistische Anlagen illustrieren die textliche Darstellung.

Die Denkschrift wird nicht nur für den Landtag eine ausführliche Begründung der Anforderungen im Staatsvoranschlag und eine Aufstellung der weiterhin noch nötig werdenden Aufwendungen darstellen, sondern sie wird auch für die interessierten Kreise die Gelegenheit bieten, sich über den neuzeitlichen badischen Strafvollzug zu unterrichten.

## Aus den Parteien

Die sozialdemokratische Wahlkreisconferenz Mannheim-Stadt stellte als Kandidaten für den Landtag auf: 1. Innenminister Dr. Kemmele, 2. Georg Reinbold, Landesvorsitzender, 3. Theresie Wiese, Landtagsabgeordnete, 4. Arnold, Steinarbeiter, 5. Stuk, Metallarbeiter, 6. Wehner, Metallarbeiter. Als Reichstagskandidat wurde einstimmig der bisherige Vertreter im Reichstag, Chefredakteur Oskar Ged, gewählt.

## Lohnbewegungen in Baden

Der Schiedspruch für die oberbadische Metallindustrie. Für die oberbadische Metallindustrie ist nach langer Beratung Dienstagabend ein Schiedspruch gefällt worden, zu dem die Arbeitgeber jetzt Stellung zu nehmen haben. Als Normalarbeitszeit ist die 48-Stundenwoche angenommen, jedoch kann im Einverständnis mit der gesetzlichen Betriebsvertretung bis 53 und evtl. 60 Stunden gearbeitet werden. Die Zuschläge für Überstunden bewegen sich zwischen 10 bis 25 Prozent. Auch die Urlaub- und Altersverhältnisse wurden neu geregelt. Sollte eine Annahme des Schiedspruches nicht stattfinden, so muß mit der Gesamtkündigung der Arbeiterchaft auf den 24. März gerechnet werden.

## Aus der Landeshauptstadt

Förderung des Wohnungsbaues. Für die Herstellung von 63 Wohnungen in 40 Wohngebäuden bewilligte der Stadtrat Bauhypotheken im Gesamtbetrag von 473 150 RM, sowie Zinsbeihilfen aus einem Kapitalbetrag von 828 400 RM. Außerdem werden zur Herstellung des Schwemmanschlusses von 7 Wohngebäuden Darlehen von zusammen 5850 RM zugefagt.

Weiterer Schwarzwälder Heimatabend. Die „Bad. Lichtspiele“ veranstalten auf Anregung des „Stadtausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege“ am Freitagabend im Konzerthaus einen Vortragsabend, zu dem es gelungen ist, den Schwarzwälder Volkserzähler und Rezitator Hans Karl Seiland, Weersburg a. B., zu gewinnen. Ein „Weiterer Schwarzwälder Heimatabend“ soll er sein, der uns durch die Persönlichkeit des Redners Seiland das Volkstum der altalemanischen Stammesheimat in Sprache und Bild näher bringen wird. Eine besondere Betonung wird der Schwarzwälder Dumm erfahren. Das aus 90 Leuten bestehende Kuttlinger Mundharmonika-Orchester hat den musikalischen Teil und die Turngemeinde Mühlburg und die Jung- und Luidborngruppe, die vom Rezitator gewünschten Reigenvorführungen übernommen. Da der Vortrag am Freitagabend nur einmalig stattfindet, ist zu wünschen, daß der Abend wie in anderen Städten von Jung und Alt recht zahlreich besucht wird, zumal die Eintrittspreise durch Vermittlung des Stadtausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege niedrig gehalten sind. Näheres über Vor- und Kartenverkauf siehe heutige Anzeige.

Künstlerische und Modeschau bei Tietz. Wie schon im letzten Jahr haben sich auch jetzt wieder zu einer großen, erfolgreichen Revue der Frühjahrs- und Sommermode fast das ganze Solopersonal des badischen Landestheaters und eine endlose Promenade der hübschen, schlanken Mannequins der Firma Hermann Tietz vereinigt. An drei Nachmittagen werden in einem Teil der eigens zu diesem Zweck neu hergerichteten Räume des ersten Stockwerkes die neuesten Entwürfe der modischschönen Industrie zur Orientierung der Damenwelt vorgeführt. In dunter Reihe bewundert man Badeanzüge, Vormittagskleider, Gummi- und Seidenmäntel, Sport-, Reise- und Strahlenkostüme und endlich sogar neben armütig gearbeiteten Complets Sommerpelze. Unter der Fülle des Gezeigten gefallen besonders auch einige geschmackvolle, zwar teure Wiener und Pariser Originalmodelle, daneben bietet jedoch an preiswerten Kostümen die Schau ebenfalls entzückende Frühjahrsneuheiten. Was sonst noch die mondäne Frau an Frühjahrsanschaffungen benötigt, von Schuhen und Strümpfen angefangen bis zu sehr aparten Güten, stammt gleichfalls aus den Werkstätten des belannten Warenhauses, das damit den ihm schon längst zustehenden Ruf eines gerade in Modesachen führenden Geschäftsbetriebs — das verraten zur Zeit beweiskräftig die Schaufenster — aufs neue glänzend bestätigt. Zwischen all diesen leuchtenden Dingen und sonnenigen Farbenharmonien erfreuten zahlreiche Mitglieder des Landestheaters durch künstlerische Gaben. Kunst und Mode haben, wie einleitend Oberspielleiter Felix Baumbach bemerkte, hier in der Tat einen schönen Bund geschlossen, zumal ja der Reinerlös der gesamten Veranstaltung den Wohlfahrtsklassen der Bühnengenossenschaft zufließt. Am ersten Nachmittag traten u. a. auf Marie Faus, Jenny Schneider, Steffi Dames, Wilhelm Rentwig und als Ehren-gast Jan van Gorkom mit gesanglichen Vorträgen. Von Tänzerinnen konnte Direktor Faus, der nunmehr Conferencier, Selma Mangel, Tony Widmann und Elise Wieland anfragen. Brand und Leitgeb wiederholten im Bunde mit Alfons Kloeble ihre treffliche Kabarettnummer. Viel Beifall fanden außer Paul Müller auch ein Sprechchor und das Milian-Sextett, nicht minder Konzertmeister Ohsenkiel, der ein Mozart-Merzett spielte. An den beiden folgenden Nachmittagen wird sich das Publikum zweifellos bei neuen Überraschungen des sehr abwechslungsreichen Programms ebenso köstlich unterhalten wie an diesem ersten, mit ungewöhnlichem Aufwand durchgeführten Modetag. S. Sch.



### Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 12) enthält Verordnungen des Staatsministeriums über die zweite Verringerung der Ausführungsverordnung zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt und über den Grenzverkehr mit der Schweiz; des Ministers des Innern über den Vollzug der Maß- und Gewichtsordnung und des Justizministers zur Verringerung der Vollzugsverordnung zu den reichs- und landesrechtlichen Bestimmungen über Jugendwohlfahrt.

W. Mannheim, 15. März. Heute vormittag gegen 10 Uhr wurde ein Kassenbote von Straßenräubern in der Bedürfnisanstalt am Wasserturm überfallen und seiner Burschenschaft von etwa 15 000 M beraubt. Die Räuber haben anscheinend den Kassenboten beobachtet, als er das Geld in der Bank erhoben hatte, und verfolgt. In einem günstigen Augenblick, als sie ihn in der Bedürfnisanstalt allein antrafen, haben sie ihn dann niedergeschlagen. Der Kassenbote wurde bewußtlos ins Krankenhaus gebracht. Die Täter sind flüchtig.

D. Heidelberg, 14. März. Reichsaussenminister Dr. Stresemann und der amerikanische Votschafter Dr. Schumann werden am 5. Mai nach Heidelberg kommen, um hier ihr Ehrendoktorat in Empfang zu nehmen. Dr. Stresemann empfängt das Diplom von der staatswissenschaftlichen Kommission und der amerikanische Votschafter von der philosophischen Fakultät. Mit der Überreichung ist ein besonderer Festakt geplant.

### Verschiedenes

Der Ozeanflieger Hinchcliffe verschollen  
Der englische Ozeanflieger Hinchcliffe ist verschollen. Das Flugzeug ist in Amerika überfällig. Es ging das Gerücht, daß er im Menlopark bei New Jersey gelandet sei. Doch sind — wie aus New York gemeldet wird — die Nachforschungen, die Polizei und Presse angestellt haben, ohne Ergebnis geblieben. Es steht jetzt so gut wie fest, daß Miss Elsie Madan, die Tochter des bekannten englischen Finanzmannes Lord Inchcape heimlich und gegen den ausdrücklichen Willen

ihren Eltern sich am Ozeanflug beteiligt hat. Aber auch der Pilot Sinclair, der ursprünglich der zweite Mann in dem für zwei Personen berechneten Flugzeug sein sollte, bleibt seit dem plötzlichen Start Hinchcliffes verschwunden.

### Geringere Verlustziffern in Kalifornien?

W.D. St. Paula, 15. März. (Tel.) Das Rote Kreuz äußerte die Hoffnung, daß die Verlustziffern sich verringern würden, da zahlreiche Mexikaner, die bei dem Dammbrech in ihrer Angst in die Berge geflohen waren, inzwischen zurückgekehrt seien.

### Bandel und Wirtschaft

#### Berliner Levisnotenungen

	15. März		14. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.14	168.48	168.15	168.43
Kopenhagen 100 Kr.	111.93	112.15	111.93	112.15
Italien . . . 100 L.	22.07	22.11	22.075	22.115
London . . . 1 Pf.	20.388	20.426	20.392	20.432
New York . . . 1 D.	4.1755	4.1875	4.1795	4.1875
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.415	80.610	80.46	80.62
Wien 100 Schilling	58.85	59.07	58.85	58.97
Prag . . . 100 Kr.	12.386	12.406	12.385	12.405

Der Privatdiskont wurde um 1/8 % erhöht auf 6 1/8 % für beide Seiten.

Die Leipziger Frühjahrsmesse stellt sich, wie das Messeamt mitteilt, als die größte und erfolgreichste internationale Messe seit der deutschen Marktstabilisierung dar. Sie zählte rund 175 000 geschäftliche Besucher, darunter 80 000 Ausländer. Die Zahl der Aussteller betrug über 10 000, davon über 1100 ausländische Firmen aus 23 verschiedenen Ländern.

Wilhelm Wolff u. G. Pforzheim. Reingewinn 1927 (einschließlich 39 178 M Vortrag) 140 000 M (175 178). Auf 1,36 Millionen M Aktienkapital werden wieder 10 Prozent Dividende verteilt und 4000 M vorgetragen.

Sinner u. G. Karlsruhe. Die 0,5 Millionen M konvertierten Aktien der Sinner u. G. sind wieder zur Berliner Börse zugelassen. Nach dem Prospekt sind die Aussichten des laufenden Jahres befriedigend. Die Belegschaft beträgt 286 Beamte und 629 Arbeiter. Von dem Bruttoertrag des letzten Jahres von 2,58 Millionen entfallen rund 40 Prozent auf die Brauerei, der Rest auf die übrigen Betriebe. An dem ziffernmäßig nicht genannten Umsatz von 1927 sei aber die Brauerei nur mit 28 Prozent, die Brennerei und die Gefäßfabrik mit 15 Prozent, die Mälzerei mit 30 Prozent und die sonstigen Betriebe mit 27 Prozent beteiligt. Das Konto Wertpapiere und Beteiligungen von 2,02 Millionen M setzt sich zusammen aus nom. 1,37 Millionen M von 4,5 Millionen Reichsmark Aktien der Stettiner Spirituwerke u. G. (Buchwert 1 Million M), ferner 784 000 Pf. von 3 Millionen Aktien der früheren Sinnerfabrik in Luban (Buchwert 540 000 M), ferner 65 800 M eigene Aktien (Buchwert 79 408 M) und eine Beteiligung an der Baltischen Spirituwerke u. G. in Danzig (Buchwert von 300 000 M).

Waggonfabrik u. G. Nastatt. In der Generalversammlung der Waggonfabrik u. G. Nastatt wurden sämtliche Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt.

### Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen  
Domänenabteilung

Ernannt:

Domänenrat Emil Groß in Karlsruhe zum Mitglied der Domänenabteilung des Finanzministeriums mit der Amtsbezeichnung „Finanzrat“, Domänenrat Emil Oebel in Bruchsal zum Vorstand des Domänenamts Karlsruhe, Finanzassessor Artur Ross in Säckingen zum Vorstand des Domänenamts Säckingen mit der Amtsbezeichnung „Domänenrat“.

### Badische Lichtspiele Konzerthaus

Freitag, den 16. März, 20.15 Uhr

Einmalige Sonderveranstaltung

Heiterer Schwarzwälder  
Heimatabend

Lichtbildvortrag des Rezitators Heiland  
aus Meersburg a. B.

unter Mitwirkung des bekannten

Knittlinger Mundharmonika-Orchesters  
(30 Mann)

Eintrittspreis 50 M

Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller,  
Kaiserstraße, und Büro Beiertheimer Allee 10

Der Stadtausschuß für Leibesübungen und  
Jugendpflege fordert alle seine Mitglieder auf,  
sich an dieser Heimatveranstaltung der Badischen  
Lichtspiele zu beteiligen 343

### COLOSSEUM

Waldstraße 16 Telephone 5599

Heute abend 8 Uhr:

Abschiedsvorstellung  
der großen Revue

Im Flug um die Welt

Ab Freitag, den 16. März

täglich 8 Uhr

### Geheimnisse des Harems

30 Revuebilder

dargestellt vom Ensemble des

Berliner Metro-Theaters

### G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)  
G. m. b. H.

KARLSRUHE

Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art  
für Industrie, Handel, Behörden  
und Private

Kurze Lieferfristen  
Preise mäßig

### Gothaer Versicherungsbank

Versicherungen aller Art.



Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit

Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit

Gothaer Transportversicherungsbank Aktien-Gesellschaft

Gothaer Allgemeine Versicherungsbank Aktien-Gesellschaft

### Öffentliche Verbands-Spartkasse Gengenbach.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	M	Verbindlichkeiten.	M
1. Kassenbestand . . . . .	7 119,28	1. Spareinlagen:	
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen usw. . . . .	37 143,69	neue . . . . .	768 922,32
3. Wertpapiere (aufgewert. Nennwert) . . . . .	31 831,—	aufgewertete . . . . .	573 962,21
4. Wechsel . . . . .	5 246,55	2. Giro- und Kontokorrent- einlagen . . . . .	135 979,47
5. Hypothekendarlehen:		3. Sonstige Einlagen . . . . .	224 078,27
a) neue . . . . .	336 473,32	4. Anlehenskapitalschulden Reichsrente . . . . .	112 111,43
b) aufgewertete . . . . .	234 931,35	5. Ausgaberrückstände . . . . .	—
c) Reichsrente . . . . .	106 111,43	6. Rücklagen:	
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private . . . . .	558 004,50	a) gesetzl. Reservefonds . . . . .	32 644,15
7. Schuldcheindarlehen:		b) Sonderrücklage . . . . .	—
a) neue . . . . .	113 166,81	7. Reingewinn vom Jahre 1927 . . . . .	16 826,56
b) aufgewertete . . . . .	4 112,89		
8. Darlehen an Gemeinben aufgewertete . . . . .	55 678,—		
a) aufgewertete . . . . .	200,—		
b) Bombarddarlehen . . . . .	8 000,—		
9. Bombarddarlehen Reichs-Umschuldungs- kredit . . . . .	6 000,—		
10. Forderungsrückstände . . . . .	6 738,65		
11. Sonstige Aufwertungs- forderungen . . . . .	972,51		
Aufwertungsberrech- nungskonto . . . . .	281 087,55		
12. Grundstücke und Ge- bäude . . . . .	71 705,88		
13. Wertpapiere . . . . .	1,—		
	1 864 524,41		1 864 524,41

### Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 878 933,79 M Neueinlagen . . . . . 43 946,65 M  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 unter  
Zuweisung von 11 302,50 M aus Reingewinn . . . . . 43 946,65 M

Gengenbach, den 14. März 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:

Wendt.

M. 744

Der Geschäftsführer:

Dr. Kunz.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Waggonfabrik u. G. Karlsruhe werden gegen postfreie Voreinsendung von 5 M (auswärts zuzüglich 30 M Porto — keine Briefmarken —) von dem unterzeichneten Amte abgegeben, soweit der Vorrat reicht. Führung über die Baustelle erfolgt durch die Bahnmesserei Bruchsal 2 nach vorheriger Anmeldung. Die Verbindungsunterlagen liegen hier, sowie bei der Bahnmesserei Bruchsal 2 auf. Die Angebote sind verschlossen, postfrei mit der Aufschrift „Angebot Friedhofstunnel“ spätestens bis Mittwoch, den 4. April 1928, vormittags 10 Uhr, zum Öffnungstermin bei dem unterzeichneten Amte einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. M. 734 Reichsbahn-Dammit Heidelberg 2.

Freihändler  
Nadelnholz - Verkauf.  
Forstamt Etteneim.  
Freitag, den 23. März 1928,  
Frei nachmittags 4 Uhr.  
735 fm Stämme und Abschnitte I.—IV. Kl. Fichten und Tannen in 8 Bufen, Lärchen u. Fichten in 1 Bos. Rosbergschneise durch das Forstamt. Zahlungsbedingungen des Staates. Angebote in ganzen Prozenten der B. G. 1927 für jedes Los ohne Bedingung. M. 746

### Badisches Landesheater

Freitag, 16. März 1928  
\*F 21 (Freitagmiete)  
Fh.-Gem. 1—100

### La Traviata

von Verdi  
Musikalische Leitung:  
Joseph Keilbert  
In Szene gesetzt von  
Dr. Germ. Bucherpfennig  
Violetta von Ernst  
Fiora Seiberlich  
Anna Annina Durgeff  
Alfred Rentwig  
Georg Wehrhahn  
Gaston Lauffhütter  
Doupol Rötter  
Marquis Gröbinger  
Grenbil Vogel  
Josef Kalnbach  
Diener Blachginsky  
Kommissionär Kilian

Tanz einstudiert von  
Edith Viesefeld  
Anfang 20 Ende 22  
I. Rang u. I. Sperrst. 7 M  
Sa. 17. März: Vision.  
So. 18. März: Vormittags:  
3. Jugendkonzert. Nachm.:  
Der Heger. Abends: Neu  
einstudiert: Der Rosen-  
kavalier. Im Konzerthaus:  
Der siebente Tag.